

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2133, Giro-Konto 145

Bezirksanzeiger

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Ersteinstellung jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfd.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfd., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfd.; amtlich 1 mm 30 Pfd. und 24 Pfd.; Reklame 25 Pfd. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zweiseitiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lehendorf, Mittelsach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schiffleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 140

Mittwoch, den 19. Juni 1929

81. Jahrgang

## Das Wichtigste

In Nordjapan ist ein Vulkan in Tätigkeit getreten. Ein starkes Erdbeben suchte die Umgebung des Vulkans heim, dem etwa 100 Personen zum Opfer fielen. Der Ausbruch bedrohte auch die Stadt Hokodate. Innerhalb eines Tages schätzten etwa 3000 Personen vor dem Ausbruch des Vulkans. Die Regierung hat Hilfe entsandt.

Nach weiteren Meldungen aus Wellington ist die Zahl der Todesopfer bei der Erdbebenkatastrophe in Neuseeland auf 15 gestiegen.

Auf Antrag des Demokraten Lydings (Amerika) wurde im Senat eine Entschlebung angenommen, in der Präsident Hoover aufgefordert wird, eine Weltkonferenz über die Abklärung der See, zu Lande und in der Luft einzuberufen.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Pulsnitzfahrt des Kirchengemeindebundes Kloßsch.) Am vorigen Sonntagabend luden die Posamenten des Kirchengemeindebundes Kloßsch. von unserem Pulsnitzer Kirchturme herab die über 200 Teilnehmer einer Ramenz-Pulsnitzfahrt in unser Gotteshaus ein zu einer Feierstunde. Unter der trefflichen Leitung des Herrn Pfarrers Brehm wurde der vorzüglich geduldeten Posamentenchor ernste Weisen geistlicher Volkslieder und Choräle zu Gehör zu bringen. Noch einige blühende Gemeindeglieder waren erschienen und erwiderten sich an den machtvollen Altären geistlicher Pieder aus Posamentenmund. Auch der Ausklang dieser Kirchengemeindefahrt stand unter dem Zeichen des vorgedachten „Näher mein Gott zu Dir!“. Der Pulsnitzer Pfarrersleiter wies in seiner originell gefassten Ansprache die „Waldhüter aus Kloßsch.“ darauf hin, daß „wir Pilger und Bürger sind, die den Weg zum Vaterhaus gehen“. Der Posamentenchor läßt die Worte erklingen: „Wo findet die Seele die Heimat, die Ruh“, und unser einstufiger Singschülerchor, Herr Pfarrer Brehm aus Kloßsch., spricht zu uns von dem Sinne dieser reichhaltigen Abendfeier, die der Kirchengemeindebund nicht missen möchte. In dankbarer Erinnerung an seine Pulsnitzer Zeit, in der eine Sittenspredigt über das Psalmwort „Befiehl dem Herrn deine Wege...“ auf ihn besonderen Eindruck gemacht habe, spielt er mit feinen Bildern die Worte „Befiehl du deine Wege“, von J. S. Bach, tiefes Schweigen, andächtige Stimmung! Schlußgebet des Posamentenchorleiters! Ein Gemeindeglied „Nun sich der Tag gendit“ beschließt die Feierstunde, die uns erbaute und stärkte. — Die Kloßscher waren schon am Nachmittag gekommen. Sie haben im Hotel „Grauer Wolf“ auch heitere Volkswesen auf der Laute vorgetragen und gesungen, und Herr Pfarrer Dittel aus Kloßsch. hat dabei eine Erzählung in vogelähnlicher Mundart. Wie gern hätte auch mancher von uns in ihrem trohen Kreise gesessen! Dem Kirchengemeindebunde Kloßsch. Helleran sei aber für die kirchliche musikalische Feierstunde aufs herzlichste hiermit gedankt!

(Aus dem Angestelltenrecht.) Aus einem Urteil des Arbeitsgerichts Hamburg, das von der Geschäftsstelle Hamburg des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in einer Arbeitsstreitigkeit für ein Mitglied erstritten wurde, ist folgender Auszug interessant, der besagt, daß eine Kündigung spätestens einen vollen Monat vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses ausgesprochen werden muß. — Er lautet: Wenn es in § 67 HGB. heißt, die Kündigungsfrist dürfe nicht weniger als einen Monat betragen, so hat das die Bedeutung, daß zwischen Erklärung und Wirksamkeit der Kündigung immer eine Frist von mindestens einem Monat liegen muß. (Vgl. u. a. Hueck-Nipperdey, Arbeitsrecht 1928, Bd. I S. 266, Loewenberg in Gew. Rfm. Ger. 1926, S. 412). Diese Frist ist gekürzt zum Schutze desjenigen, dem gekündigt wird, einerlei, ob dies der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber ist, und sie muß auf jeden Fall gewahrt werden. Für eine Anwendung der Auslegungen des § 193 BGB. ist demnach gar kein Platz; denn diese Vorschrift spricht nur von dem Ablauf einer Frist, innerhalb derer eine Erklärung abgegeben werden muß.

(Die Kommunalisierungsfrage.) Das Ministerium für Volksbildung gibt bekannt, daß mit Rücksicht darauf, daß die Landesstelle für Gemeinwirtschaft in Dresden in den letzten Jahren eine eigentliche Geschäftstätigkeit nicht mehr ausgeübt hat, die Verordnung über die Kommunalisierungsfrage vom 21. Januar 1921 aufgehoben wird.

**Großröhrsdorf.** (Elektrischer Antrieb der Kirchenglocken.) Am Freitagabend wurde vom Kirchenvorstand der neu beschaffte, von der Herfurter Firma eingebaute elektrische Antrieb der Glocken unserer Kirche übernommen. In bezug auf Stimmung, Reinheit der Tongebung und harmonischem Zusammenklang der Glocken ist gegen früher durch Aenderung der Klöppel und Einfügung von Bronzebolzen in der Klangwirkung eine wesentliche Verbesserung erzielt worden. Die neuzeitliche Anlage beanspruchte einen Kostenaufwand von etwa 6000 Mark.

**Ramenz.** (Leichenfund.) Beim Räumen einer Aschengrube im Kasernement ist am Montag die Leiche eines

## England einer diplomatischen Konferenz abgeneigt

Deutschlands Recht laut Versailler Vertrag: Rheinlandräumung im Januar 1935  
Initiativentwurf der Deutschen Volkspartei zum Sofortprogramm — Der Besuch Stresemanns in Paris  
Rede Botschafters Dawes in London

London. Die englische Zeitung „Daily Telegraph“ schreibt, daß in offiziellen britischen Kreisen entsprechend den Berichten aus Madrid und Paris von einer vorbereitenden Konferenz der Außenminister Deutschlands und der Verbündeten, die im Laufe dieser Woche in Paris stattfinden soll, nichts bekannt ist. Nachdem Henderson, der englische Außenminister, seinen Urlaub beendet und sein Amt angetreten habe, werde zweifellos ein Gedankenaustausch zwischen London, Paris, Rom, Brüssel und Berlin über den Ort und das Datum einer Konferenz erfolgen, die den Young-Vertrag und die Rheinlandräumung behandeln soll. Eine Konferenz werde hier überhaupt nicht als notwendig erachtet, um zu einem Abkommen über die zu ergreifenden Maßnahmen zu kommen.

Die gewöhnlichen diplomatischen Wege, unterstützt vielleicht durch Aufnahme von Verbindungen zwischen den einzelnen Finanzministerien, dürften genügen. In jenen Kreisen werde jedoch, falls eine Konferenz stattfinden soll, London als der geeignetste Ort bezeichnet. Man hoffe in London, daß keine der verbündeten Mächte auf der Aufrechterhaltung einer dauernden internationalen Kontrolle des entmilitarisierten und geräumten Rheinlands bestehen werde. Im Versailler Vertrag sei für eine Kontrolle über das Jahr 1934 hinaus keine rechtliche Handhabe zu finden. Man könne von Deutschland nicht erwarten, daß es einem solchen Zusatz zu dem Vertrag zustimmen werde.

## Die Rede des Botschafters Dawes in London

London, 19. Juni. Botschafter Dawes erklärte in seiner Rede in London: Die lange Zeit, die nach dem Weltkriege verging, bevor ein angemessener Weg für die Kriegsschadigungsverhandlungen gefunden wurde, erklärte sich aus dem Unterschied zwischen menschlichem Urteil und menschlicher Natur. Der Redner zitierte ein Wort Edmund Burkes: „Die Politik sollte nicht nach menschlicher Beweisführung, sondern in Uebereinstimmung mit der menschlichen Natur durchgeführt werden, da die Beweisführung nur einen Teil und keineswegs den größten Teil darstellt.“ Der richtige Weg bestefe darin, ein Abkommen vorzubereiten durch fortgesetzte und einseitige Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen Sachverständigen und Staatsmännern. Die nutzlosen Lösungsversuche großer Fragen seien nach dem Kriege solange fortgesetzt worden, bis Europa am Rande des wirtschaftlichen und politischen Chaos stand.

## Initiativ-Entwurf der Deutschen Volkspartei zum Sofortprogramm?

Berlin, 19. Juni. Nachdem das Kabinett beschlossen hat, das Sofortprogramm zur Reform der Arbeitslosenversicherung auf den Herbst zu vertagen, ist nach dem „Volkswagen“ damit zu rechnen, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei am heutigen Mittwoch in dieser Frage einen Initiativ-Entwurf einbringen wird, der die Vorschläge der Partei für die notwendige Reform der Arbeitslosenversicherung enthalten wird.

## Stresemann auf der Heimreise.

„Es lebe Katalanien!“  
Barcelona. Außenminister Dr. Stresemann wurde auf der Durchreise in Barcelona auf dem Bahnhof von einer großen Menschenmenge stürmisch empfangen. Als man Rufe hörte „Es lebe das freie Katalanien!“ nahm die Polizei einige Verhaftungen vor. Der deutsche Außenminister besichtigte dann die Ausstellung und fuhr um vier Uhr nach Paris weiter. In der Deutschen Botschaft in Paris soll ein Frühstück stattfinden, zu dem Briand geladen wird. Dr. Stresemann wird am Donnerstag wieder in Berlin einreisen.

## Der Besuch Stresemanns in Paris

Paris, 19. Juni. Die Begegnung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann mit dem französischen Außenmin-

ister Briand und dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Paris begegnet in Pariser politischen Kreisen großem Interesse. Ueber ihre Tragweite gehen die Auffassungen, soweit die Pariser Presse hierüber Aufschluß gibt, ziemlich auseinander. Der „Temps“ bezeichnet es als einen Irrtum, wollte man in dem Besuche Stresemanns einen Auftakt für wichtige Verhandlungen sehen, die im Anschluß an die Empfehlungen der Finanzsachverständigen notwendig seien. Die Fühlungnahme der drei Staatsmänner könnte in nichts die Verhandlungen beschränken, die mit den anderen in Frage kommenden Regierungen erfolgen sollen, noch irgend eine grundsätzliche Entscheidung über das Verfahren bringen, das für die Regelung der Kriegsschadigungen und für die anderen geplanten politischen Regelungen zu befolgen wäre. Jede Entscheidung auf diesem Gebiet sei nur in vollem Einverständnis mit allen Mächten der Genfer Entschlebung zu treffen. Diese Entscheidungen müßten auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege vorbereitet werden, da man sie bei derart heißen Fragen nicht dem Zufall überlassen dürfe.

## Reichstagspräsident Löbe in Warschau

Warschau, 18. Juni. Am Dienstag sind in Warschau der deutsche Reichstagspräsident Löbe, der lettische Landtagspräsident Kalnin und der französische Parlamentarier Locquin als Gäste der polnischen sozialistischen Partei eingetroffen. Zum Empfang war auf dem Hauptbahnhof außer anderen Persönlichkeiten auch der deutsche Gesandte Kaufser erschienen. Banderbelbe befindet sich bereits seit Montag in Warschau. Am Dienstag abend fand im hiesigen Cirkusgebäude eine große sozialistische Versammlung statt, in der u. a. auch der deutsche Reichstagspräsident sprach.

## Keine Entscheidung über Sanierung der Arbeitslosenfürsorge.

Das Reichskabinett berät die landwirtschaftlichen Fragen.  
Berlin. In einer Ministerbesprechung beschäftigte sich das Reichskabinett mit den landwirtschaftlichen Fragen. Staatssekretär Heukamp vom Reichsernährungsministerium wurde beauftragt, nach Stockholm zu fahren, um angesichts der Notlage der deutschen Landwirtschaft mit der schwedischen Regierung wegen Beseitigung der Schwierigkeiten zu verhandeln, die sich aus dem deutsch-schwedischen Handelsvertrage für eine Neuregelung der deutschen Agrarwirtschaft ergeben.

Weiterhin nahm das Kabinett zu der Frage der Arbeitslosenversicherung Stellung. Es war der Meinung, daß mit Rücksicht auf die gesamtpolitische Lage, die eine Spätsommertagung des Reichstages erfordert, von einer zweimaligen Gesetzesvorlage über die Arbeitslosenversicherung innerhalb so kurzer Zeit abzusehen ist, und die endgültige Reform in dieser Sommertagung zur Verabschiedung gelangen soll. Der vom Reichsarbeitsminister einberufene Ausschuß soll bis Ende Juli seine Arbeiten beenden haben, so daß für die Spätsommertagung der abschließende Gesetzesentwurf vorliegen wird.

## 200 Millionen Auslandskredit des Reichs?

Berlin. Wie verlautet, sind die Deutsche Bank, die Reichskreditgesellschaft und anscheinend auch Mendelssohn u. Co. bereit, dem Reich einen 200-Millionen-Kredit auf längere Zeit zur Verfügung zu stellen, für den sie sich ihrerseits 50 Millionen Dollar bei ausländischen Geschäftsfreunden verschaffen. Die Verhandlungen sollen so weit gediehen sein, daß mit dem Abschluß in Kürze gerechnet werden kann.

## Unklarheiten im Youngplan.

Das Urteil eines internationalen Finanzsachverständigen.  
Stockholm. In der schwedischen Zeitung „Svenska Dagbladet“ beschäftigt sich Professor Cassel, der bekannte Sachverständige für internationale Finanzfragen, mit der Neuregelung der Tributfrage. In der Transferfrage sei der Young-Plan sehr unklar gehalten. Auf der einen Seite sei mehrmals von Deutschlands selbständiger und ausschließ-